

Gemeinsames Positionspapier

der Evangelischen Kirche in Mannheim und der Diakonie Mannheim zur Debatte um ein Sexkaufverbot vor dem Hintergrund der Situation von Prostituierten in Mannheim.

Ausgelöst durch die Corona-Pandemie und das dadurch verhängte Verbot von Prostitution hat sich die grundsätzliche Diskussion um ethische und rechtliche Fragen um ein Sexkaufverbot intensiviert. Im Mittelpunkt der Debatte steht dabei vor allem das so genannte „Nordische Modell“, wonach - wie in Schweden - nicht das Angebot, sondern die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen kriminalisiert wird.

Wir sehen uns mit unserer Expertise in der Lage und in der Pflicht, die Diskussion um ein Sexkaufverbot zu befördern und öffentlich zu machen. Wir halten die Auseinandersetzung um ein Sexkaufverbot für wichtig, sehen darin aber keine Lösung, wenn mit der Einführung eines Sexkaufverbotes nicht gleichzeitig die Ausstiegchancen der betroffenen Frauen erheblich verbessert werden.

Prostitution und Menschenhandel widersprechen den Menschenrechten

1. In der Debatte um ein Verbot der Prostitution stehen für uns die Frauen im Mittelpunkt, die unter oft unmenschlichen Bedingungen arbeiten müssen.
2. Eine öffentliche Diskussion ist unbedingt notwendig. Wir begrüßen die Initiative „Sexkaufverbot“. Sie bewirkt, dass wir genau hinschauen und den Fokus auf die „Freier“ legen, die sehenden Auges Anteil an dem menschenunwürdigen Geschehen haben. **Die Befriedigung eigener Bedürfnisse auf Kosten der Würde anderer Menschen ist inakzeptabel.**
3. Das Prostituiertenschutzgesetz, das im Juli 2017 in Kraft trat, hat mit gutem Willen eine weitreichende Legalisierung der Prostitution verabschiedet, es hat aber – entgegen der Absichtserklärung – zu keiner Verbesserung der Situation geführt. Vor allem im prekären Umfeld hat sich die Situation der Prostituierten sogar verschlechtert. Hauptgrund hierfür sind die oft schlechten Sprachkenntnisse vieler Frauen, die zunehmend aus dem Ausland, vor allem aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland gebracht werden. Diese sind über ihre in dem Gesetz verankerten Rechte nicht informiert.
4. In Corona-Zeiten und dem damit verbundenem Verbot der Prostitution hat sich gezeigt, dass käuflicher Sex sehr schnell und leicht andere Wege jenseits der Legalität gefunden hat. Gesetzliche Maßnahmen, wie Verbote, müssen deshalb im Kontext krimineller und schwer kontrollierbarer Umstände umgesetzt werden.
5. Prostitution muss im Zusammenhang mit anderen sozialen Themen wie dem Armutsgefälle in Europa und der Armutsmigration gesehen werden.

Frauen in der Prostitution brauchen umfassende Hilfe

Wir legen unseren Schwerpunkt auf die Forderung, die Situation der Frauen unter allen Umständen nachhaltig zu verbessern, so dass sie selbständig und ohne Zwang entscheiden können, wie sie ihr Leben weiter gestalten möchten.

Zu diesen Maßnahmen gehören:

- Besserer Schutz der Frauen vor Zuhältern durch die Polizei sowie mehr Betreuungsangebote.
- Mehr Schutzwohnungen, in denen Frauen sicher sind.
- Ein Zeugenschutz-Programm, damit Frauen Zuhälter und Menschenhändler ohne Angst anzeigen und gegen sie aussagen können.
- Eine medizinische, niedrighschwellige Grundversorgung für Frauen ohne Papiere sowie eine reguläre Krankenversicherung.
- Psychosoziale Betreuung und finanzielle Unterstützung für ein Leben nach der Prostitution.
- Schärfere Kontrollen von Schlepperbanden und Menschenhändlern sowie härtere Strafen in Deutschland (im Vergleich deutlich niedriger als in anderen Ländern).
- Eine klare Positionierung der Europäischen Union gegen Menschenhandel sowie eine einheitliche Strafverfolgung.

Mannheim, 22.07.2020

Ralph Hartmann
Dekan Ev. Kirche Mannheim



Michael Graf
Direktor Diakonisches Werk Mannheim

